

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/220

Bonn, den 19. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Die Lüge wird zerbrechen - Die Wahrheit wird siegen ----- Griechische Militärjunta auf der Anklagebank	42
2	T A J A M A R ----- Eine Musterschule in Spanien - Geschenk des deutschen Volkes Von Hermann Deml	40
3	Ein großer Katholik ----- Zum Tode des Kurienkardinals Augustin Bea Von Dr. Heinz Kornetzki	37
4 - 5	Am Beispiel Japan ----- Gedanken zum Thema "Technologische Lücke" Von Dr. Rolf Meinecke, MdB	102
6	"Ein Pamphlet" ----- Gegendarstellung von Erwin Erasmus Koch, Schriftsteller und Journalist aus Königswinter	41

SELBSTBESTIMMUNG UND BEINGLIEDERUNG bringt heute:

Ulbricht braucht einen Feind
Macht wird nach den Gesetzen der Machtpolitik bestimmt
Nüchterne Beurteilung der Lage
Mitspracherecht in den Fragen der Nation
Jederzeit den sozialen Verpflichtungen gerecht werden
Hauptentschädigung bis Ende 1969
Schwierigkeiten für Spätaussiedler
Drei Reden über große Sudetendeutsche

Die Lüge wird zerbrechen - Die Wahrheit wird siegen

Griechische Militärjunta auf der Anklagebank

G.M. - Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, wissen wir nicht, ob der Grieche Panagoulis hingerichtet worden ist. Attentate und Gewaltanwendung sind kein Mittel der Politik; wir verabscheuen sie, weil Gewalt immer nur wieder Gewalt erzeugt. Und die Opfer der Gewalt sind am Ende nicht die Mächtigen, sondern die Bedrängten und Erniedrigten.

Panagoulis wurde aber nicht wegen eines vollzogenen Gewaltaktes zum Tode verurteilt. Sein Anschlag auf den Chef der griechischen Militärregierung ging fehl. Zum Tode verurteilt wurde er, weil er die Armee, die gegen eine legale Regierung und die Verfassung Griechenlands geputscht hatte, verlassen hat. Außerdem warf man ihm "subversive Tätigkeit" vor.

Das alles sind Delikte, die in einem Rechtsstaat mit Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen geahndet werden.

Panagoulis hatte sich mit den ihm geeignet erscheinenden Mitteln gegen eine Gewaltherrschaft zur Wehr gesetzt, die mit Lüge, Betrug, Intrige und Anwendung von Brachialgewalt die rechtmäßige Verfassung seines Vaterlandes außer Kraft gesetzt hatte. Seine "Straftaten" sind also ein Aufschrei gegen die Ungesetzlichkeit in einem Lande, das sich zu Recht die Wiege der Demokratie nennt.

Seit dem Putsch der Militärs in Griechenland gegen den demokratischen Staat wurden und werden tausende Griechen ohne Urteil in Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten. Sie werden dort gefoltert und ausgehungert. In den Kellern der Geheimen Staatspolizei in Athen spielen sich grauenhafte Szenen ab. Willkürlich Verhaftete werden Tag und Nacht Torturen ausgesetzt; wer diese Keller trotzdem verlassen kann, ist ein gebrochener Mensch.

Das Volk von Griechenland weiß das alles. In einem "Referendum" hat es zwar mit angeblich überwältigender Mehrheit das Regime der Militärs gebilligt. Aber wenige Tage später gingen hunderttausende Griechen auf die Straße und schrien ihre Wut über die Diktatur der Welt ins Gesicht. Das war, als der greise frühere Ministerpräsident Georgios Papandreu zu Grabe getragen wurde. Trotz Terror und einem riesigen Polizeiaufgebot ergoß sich der Strom der Hunderttausende durch die Straßen Athens. "Freiheit", "Nieder mit der Militärjunta" - waren die Rufe, denen im ganzen Land ein millionenfaches Echo folgte. Das war die wahre Abstimmung des griechischen Volkes gegen seine Unterdrücker.

Mit Abscheu und Scham blickt heute die freie Welt auf das Regime in Athen, das von sich behauptet, es habe Griechenland "gerettet". Die Militärjunta sitzt auf der Anklagebank.

Die Lüge wird zerbrechen. Die Wahrheit wird siegen.

T A J A M A R

Eine Musterschule in Spanien - Geschenk des deutschen Volkes

Von Hermann Deml

Unweit von Madrid, in einem Elendsviertel gelegen, erhebt sich auf dem Pio-Felipe-Berg die Schule TAJAMAR, die seit ihrer Gründung vor etwa einem Jahrzehnt als ein Musterbeispiel dafür gilt, wie man aus ungelernten Arbeitern ausgezeichnete Spezialisten macht. Der Direktor dieser Schule, die privat von katholischen Kreisen betrieben wird, erzählte jetzt, wie sich die unsichtbare deutsche Entwicklungshilfe auswirkt.

Die Schule, die kostenlos Sprösslinge kinderreicher Familien vom Volksschüler bis zur Universitätsreife ausbildet - 22 Prozent der 1 500 Schüler kommen aus ärmsten Familien mit bis zu acht Kindern, 80 Prozent der aus dieser Vollschule bis zur Abiturreife gediehenen Schüler besucht Universitäten und Technische Hochschulen -, nimmt besonders die polytechnische Berufsausbildung sehr ernst: Die Gymnasiasten erlernen gleichzeitig einen Beruf, der in Deutschland etwa dem gehobenen Techniker entspricht, sei es Mechaniker, Chemiker, Drucker, Schweizerdegen oder sogar Filmregisseur.

Als die Schule des graphischen Gewerbes entstand - einschließlich des Fotografenberufes mit akademischer Ausbildung - erklärten mehrere deutsche Unternehmen unabhängig voneinander: "Wir schenken euch unsere Maschinen, und sobald wir ein neues Modell auf den Markt bringen, wechseln wir eure alten Maschinen kostenlos aus." Das deutsche Angebot wurde natürlich begeistert angenommen.

Die Schule für Graphisches Gewerbe hat bereits ihr drittes Semester erreicht, die Spanier haben sich längst an deutsche Qualitätserzeugnisse gewöhnt. Erklärte Miguel Alvarez, der diese Schule betreut: "Jetzt haben die Deutschen die meisten Exportchancen." Wenn die Absolventen in die Betriebe gehen, werben sie für deutsche Erzeugnisse und für ständige Verbindungen zur Bundesrepublik, die keine Propaganda für sich macht und doch den Vogel abschießt. Die heutigen TAJAMAR-Schüler sind morgen die technischen Direktoren und Manager spanischer Betriebe. Sie wachsen mit deutscher Gründlichkeit auf und verlangen "deutsche Wertarbeit, sonst nichts an Importen".

TAJAMAR braucht noch mehr deutsche Hilfe, denn das Programm dieser Schule ist allumfassend. Wer heute in TAJAMAR investiert, besitzt morgen einen Schlüssel zum spanischen Markt. Die deutschen Firmen, die mit so gutem Beispiel vorangingen, haben damit dem Ansehen der deutschen Demokratie im Ausland gedient.

Ein großer Katholik

Zum Tode des Kurienkardinals Augustin Bea

Von Dr. Heinz Kornetzki

Der aus dem Schwarzwald stammende einzige deutsche Kurienkardinal Augustin Bea ist im Alter von 87 Jahren in Rom gestorben. Bea, Präsident des Sekretariats für die Förderung der Einheit der Christen, gehörte neben Papst Johannes XXIII. zu den markantesten Kirchenmännern der Gegenwart. Mit dem Roncalli-Papst, der den Jesuiten Bea am 14. Dezember 1959 zum Kardinal ernannte, ging es dem Neutestamentler darum, Grenzen zwischen den Konfessionen abzubauen und die konservativen Hindernisse niederzureißen, die eine Verständigung mit Andersdenkenden seit Jahrhunderten blockieren. Bea hatte nichts übrig für jene Überheblichkeit, die den Katholizismus verabsolutierte und jede religiöse Toleranz erstickte. Er lebte bescheiden im brasilianischen Kolleg in der Via Aurelia und schrieb seine Briefe auf einer alten Schreibmaschine selbst.

Bea wußte, daß sein Einsatz für die Einheit der Christen, so bald keinen Erfolg haben würde. Das würde Jahrzehnte dauern, wenn nicht Jahrhunderte, gestand er sich selbst. Und auf die Frage, ob er bezüglich der Wiederherstellung der Einheit Optimist oder Pessimist sei, schrieb der Realist Bea im Jahre 1962:

* "Jeder, der die Lage kennt, weiß nur zu gut, daß die Schwierigkeiten gegen die Einheit sich heute noch hoch auftürmen." *

Beas Denken war echt jesuitisch, unkonventionell. Toleranz, Pluralismus, religiöse Freiheit - diese Begriffe waren ihm wert, in den starren Geist der Tradition eingepaukt zu werden. Er schockierte oft die Konservativen seiner Kirche mit dem "Recht der Meinungsfreiheit in religiösen Dingen", auf dem er bestand. Er war ein Avantgardist. Die Geschichte dürfte den Sohn eines Zimmermanns aus dem Schwarzwaldorf Riedböhringen zu den Theologen zählen, die die katholische Kirche ins 21. Jahrhundert hinüberführen wollen.

Die grundehrliche Achtung des Andersdenkenden war es, die dem Kardinal über Rom hinaus Ansehen eintrug bei Protestanten, Orthodoxen, Juden und Nichtgläubigen. "Die Ausübung der Freiheit darf die sicheren Rechte anderer Menschen nicht verletzen", erklärte er 1963 vor Juristen in Rom mit sensiblem Gespür für das Gebot der Stunde. Bea sprach nie von den angeblichen Gefahren für die Kirche, die gern von jenen heraufbeschworen werden, die in der johanneischen Offenheit Abenteuer und Risiko sehen. Diese Offenheit war für ihn geradezu Religion.

+ +

Am Beispiel Japan

Gedanken zum Thema "Technologische Lücke"

Von Dr. Rolf Meinecke, MdB

Fast unübersehbar sind Literatur, Statistiken und protokollierte Meinungsäußerungen von Fachleuten über das seit 1965 dominierende Thema aller wissenschaftlich-technischen und industriellen Fachkonferenzen auf internationaler wie auch nationaler Ebene über die "technologische Lücke". Der zuständige Bundestagsausschuß sowie die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft haben ihrerseits versucht, die zentrifugalen Kräfte einer sich ständig fortsetzenden Diskussion zu bändigen und dazu beizutragen, dem Kern des Problems näherzukommen. Die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses mußten sich dabei Bitteres sagen lassen, nämlich die Hauptursache bestehe in dem Mangel an Persönlichkeiten aus Politik, aber auch aus Wirtschaft und Wissenschaft, die in ausreichendem Maße Führungseigenschaften besäßen und sich moderner Führungsmethoden bedienen könnten.

Vor den Entscheidungen und der Verwirklichung von Zielvorstellungen liegen jedoch Analysen und deren Deutung, liegen Kenntnisse und Vergleichsmöglichkeiten aller vorhandenen Informationen! Dann erst ist die klare Frage entscheidungsfähig, welche technologischen ertragreichen Bereiche vordringlich zu fördern sind und bei welchen Gebieten andererseits kurzgetreten werden muß: Es fehlt also die Datenbank, welche abrufbar alle zur Analyse notwendigen Informationen gespeichert enthält; und das ist der Teufelskreis, der die Entscheidungen blockiert.

Prüft man die Protokolle der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft über das Anhörverfahren in Berlin - und hier werden vorrangig die der Industrie verbundenen Wissenschaftler gehört -, so gewinnt man den Eindruck, daß das Vertrauen in gesamteuropäische Lösungen nur gering ist. Der Weg zu einer europäischen Gemeinschaft für Wissenschaft und Forschung wird abgelehnt. Institute zur Erforschung technologischer Fragen sollten vom Bund, den Ländern und der Wirtschaft auf nationaler Ebene gemeinsam finanziert werden. Und der europäische Gedanke wird fast ausschließlich von der Chance her beurteilt, für uns einen überregionalen Markt zu erschließen. Gewiß ist man sich darüber einig, daß der kleinere Markt, der finanziell geringere Aufwand für Forschung und Entwicklung, ein schlechteres Erziehungssystem und unmoderne Managementmethoden die wahrscheinlich bedeutsamen Ursachen unseres Rückstandes gegenüber den Vereinigten Staaten sind und der Hinweis auf eine fehlende zukunftsorientierte Mentalität unserer Bevölkerung scheint nicht unwesentlich zu sein. Jedoch, wie ist diese Mentalität zu fördern? Die Beantwortung dieser Frage hängt gewiß nicht nur von neuen Institutionen ab.

So richtet sich immer wieder unser Blick neidvoll auf die USA und einige europäische Staaten. Dabei mußten sich die Politiker in Berlin den Forschungsbericht II der Bundesregierung vorlegen lassen, in dem es heißt:

- * "Während in der Bundesrepublik Deutschland die Industrie diese Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F & E) zu 85 % aus eigenen Mitteln finanziert... werden in den großen Industrienationen in
- * starkem Umfang Staatsaufträge an die Industrie vergeben. Großbri-
- * tannien und Frankreich finanzieren rund ein Drittel der in den
- * Wirtschaftsunternehmen durchgeführten Forschungs- und Entwicklungs-
- * arbeiten aus staatlichen Mitteln. In den Vereinigten Staaten von
- * Amerika betrug dieser Anteil 1964 über 50 Prozent.

Nun bestreitet niemand die Notwendigkeit weit höherer Verpflichtungen des Staates für Forschung und Wissenschaft - aber doch wohl auch für das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen - und gewiß wird niemand verkennen, welche gewaltigen Impulse gerade durch staatliche Aufwendungen für Weltraum und Verteidigungsforschung in den USA nutzbar gemacht werden konnten. Aber werden wir solche Summen jemals aufbringen können? Und wollen wir dieses auch in Anbetracht der sozialen Schwierigkeiten, die sich die Amerikaner damit immerhin erkaufte haben? So scheint es verdienstvoll, daß Dr. Pretsch (Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung) auf der Tagung der Europa-Union im März 1968 deutlich machte, daß es auch andere Möglichkeiten gäbe, finanziell wie methodisch technologisch Neuland zu erobern: zum Beispiel Japan.

Aus einer Untersuchung über "Stand und Struktur von Forschung und Entwicklung" in Mitgliedsländern der OECD geht hervor:

- daß der Anteil der Brüttoaussgaben für Forschung und Entwicklung (F & E) im Brutto-Sozialprodukt in Japan fast dem der Bundesrepublik entspricht,
- daß der Anteil staatlicher Mittel an den Gesamtaufwendungen in Japan wesentlich niedriger liegt als bei uns,
- daß aber der staatliche Anteil bei dem ausführenden Sektor höher liegt,
- daß öffentliche Mittel insgesamt mit einem Anteil von 25 % den privaten Aufwendungen von über 70 % gegenüberstehen,
- daß in Japan die Mittel für Atomraumfahrt- und Verteidigungsforschung und Entwicklung weniger als 5 % der Gesamtsumme ausmachen,
- daß aber die Zahl der qualifizierten Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker absolut wie prozentual höher liegt.

Wie sieht es mit den Institutionen in Japan aus?

- 1) Ein Rat für Wissenschaft und Technik arbeitet seit 1959 und hat bereits über ein Jahr später einen ersten Bericht über einen Zehn-Jahres-Plan erstattet (Grundplan zur Förderung von Wissenschaft und Technik).
- 2) Der japanische Wissenschaftsrat vertritt die japanischen Wissenschaftler gegenüber Institutionen im In- und Ausland.
- 3) Das Amt für Wissenschaft und Technik ist eine Behörde zur Förderung von Wissenschaft und Technik, die die verwaltungsmäßige Betreuung der Forschung und aller technischen Wissenschaften wahrnimmt.
- 4) Ein japanisches Informationszentrum für Wissenschaft und Technik funktioniert seit 1957 als Gemeinschaftsgründung staatlicher und privater Stellen.
- 5) Eine Atomenergiekommission wurde 1956 ins Leben gerufen.
- 6) Das Amt des Ministerpräsidenten arbeitet mit dem Rat für Wissenschaft und Technik eng zusammen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft war gut beraten, dem Gebiete der Forschung, der technischen Entwicklung und der Innovation große Beachtung zu schenken. Man wird kurz vor der Rückkehr des Staatssekretärs gespannt auf neue Informationen sein. Der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses, MdB Dr. Lohmar, weist ebenfalls darauf hin, daß die zielstrebige Planung von Schwerpunktprogrammen in Japan beispielhaft sein könnte. - Sinn dieser Ausführungen soll sein, bei dem Thema "Technologische Lücke" nicht ausschließlich auf das Große Beispiel USA zu starren wie das hypnotisierte Kaninchen auf die Schlange, sondern an Beispielen anderer Nationen zu versuchen, selbst neue Wege zu durchdenken. Dabei bleibt unverändert die politische Forderung nach einem Zusammenschluß auf europäischer Ebene vorrangig.

"Ein Pamphlet"

Gegendarstellung von Erwin Erasmus Koch,
Schriftsteller und Journalist aus Königswinter

"Der SPD-Pressedienst behauptet wahrheitswidrig, ich, Erwin Erasmus Koch, Autor des Buches "Griechenland im Umbruch", hätte "eine bewußt durchgeführte geschichtliche Verfälschung" geschrieben, die Anführung ernstzunehmender bibliographischer Hinweise unterlassen und nur "Dokumente und propagandistische Thematik der Junta" meiner Arbeit zugrunde gelegt. Tatsächlich sind in meinem Buch der Weg des Kommunismus während der drei Aufstände (Gyros) und der Beschluß der illegalen KP Griechenlands dargestellt worden, weiterhin Gewalt zur Erringung der Macht in Griechenland zu gebrauchen (S. 44-61). Ich beweise in meinem Buch, daß der Papandreu-Plan ELIKOM, aufgedeckt im Hochverratsprozeß "Aspida", neben der linksextremistischen Konspiration, die Andreas Papandreu anzettelte, am 21. 4. 1967 zum Staatsstreich der konservativen Führung der Armee führte. Mein Buch beweist, in Dutzenden bibliographischen Nachweisen auf geschichtliche Quellen. Zur Bibliographie dienen auch entgegen der anders lautenden Behauptung des SPD-Pressedienstes Analysen der internationalen Presse, und zwar: "New York Times", S. 64ff, "II Tempo", S. 66ff, "Frankfurter Allgemeine Zeitung", Karl Kerber unter dem Titel "Griechenland erntet, was Papandreu gesät hat", S. 106ff, die Antwort auf einen Brief des Autors an Außenminister Dr. h.c. Willy Brandt durch den Staatssekretär Jahn, S. 68ff, Berichte der griechischen Presse aller politischen Parteien aus der Zeit vor dem Staatsstreich von 1967, IMERA, 1964 KATHIMERINI-BSTIA, 1964, der EDA-Zeitung AVGI, 1964, ferner vor allem die Inaugural-Dissertation von Gregor Monousakis zur Erlangung der Doktorwürde der rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität in Bonn, "Das Verhältnis von Militär und Politik in Griechenland seit 1900 und die später erweiterte Ausbreitung der Dissertation" sowie Bild- und Textdokumente der Nationalen Revolutionsregierung in Athen. Im Sinne meiner Ausführungen bestätigt Gregor Monousakis in der Erweiterung der Dissertation: "Der Preis, den Papandreu für seine Schuldsigkeiten bei der EDA bezahlen mußte, war die Demobilisierung des Sicherheitsapparates, was die unbehinderte Organisation der kommunistischen Kräfte Griechenlands durch die EDA zur Folge hatte. Diese Verbindung zwischen Papandreu und den Kommunisten bestimmte die innenpolitische Lage Griechenlands (S. 186). Die kommunistische EDA (S. 188). Die im letzten Satz des Artikels enthaltende Vermutung, ich hätte das Buch aus etwaigen Verpflichtungen den Athener Machthabern gegenüber geschrieben, stellt eine üble Nachrede dar und ist frei erfunden."

+ - +
Siehe Seite 1: Diese Gegendarstellung spricht für sich selbst.